

Wahlordnung

(Geschäftsordnung zur Wahlversammlung/zum Parteitag)

verabschiedet auf dem Landesparteitag am 02.12.2018

§ 1 Allgemeines

(1) Zu Beginn der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages stellen Mitglieder des Landesvorstandes oder Mitglieder, die von ihnen hierfür beauftragt wurden, die Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten fest. Stimmberechtigt sind nur Mitglieder des Landesverbandes Hessen.

(2) Nimmt ein Mitglied gar nicht oder nicht an der gesamten Versammlung teil, so entstehen hieraus keine rückwirkenden Rechte; insbesondere ergibt sich hieraus keine Rechtfertigung für eine Anfechtung von Wahlergebnissen oder Beschlüssen.

(3) Die nach dieser Geschäftsordnung übertragenen Ämter und Befugnisse enden, wenn nicht explizit anders bestimmt, mit Ende der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages.

(4) Das Protokoll der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages wird als Ergebnisprotokoll geführt.

(5) Das Protokoll der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages mit allen gefassten Beschlüssen wird durch Unterschrift des Versammlungsleiters, des Wahlleiters und des Protokollführers beurkundet; die Niederschrift für den Landeswahlleiter (Anlage 23) gemäß deren Bestimmungen.

§ 2 Ämter der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages

Die Ämter der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages bestehen aus dem Versammlungsleiter, dem/den Wahlleiter/n (im Folgenden wird die einfache Grundform für Personen im Singular verwendet) und dem Protokollanten.

§ 3 Versammlungsleiter

(1) Die Landeswahlversammlung/der Landesparteitag wird durch einen Versammlungsleiter geleitet.

(2) Der Versammlungsleiter wird von der Landeswahlversammlung/dem Landesparteitag gewählt.

(3) Der Versammlungsleitung obliegt die Einhaltung der Tagesordnung. Dazu erteilt sie Rederecht, wobei eine angemessene inhaltliche wie personale Diskussion und Beteiligung der einzelnen Mitglieder sichergestellt werden muss.

(4) Die Versammlungsleitung kann Freiwillige dazu ernennen, sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. Diese sind der Landeswahlversammlung/dem Landesparteitag durch die Versammlungsleitung unverzüglich nach ihrer Ernennung bekannt zu machen. 1

(5) Die Versammlungsleitung nimmt während der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages Anträge entgegen, die sie nach kurzer Prüfung auf Zulässigkeit und Dringlichkeit der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages angemessen bekannt macht.

§ 4 Wahlleiter

(1) Die Landeswahlversammlung/der Landesparteitag wählt zur Durchführung von Wahlen einen Wahlleiter. Dieser darf nicht Kandidat für ein Amt sein, dessen Wahl er durchzuführen hat.

(2) Die Aufgaben des Wahlleiters sind:

- die Ankündigung einer Wahl,
- Hinweise auf die Modalitäten der Wahl,
- die Eröffnung und die Beendigung der Wahl,
- das Sicherstellen der Einhaltung der Wahlordnung und der Satzung,
- das Entgegennehmen der Stimmzettel und Feststellung der daraus resultierenden Wahlergebnisse,
- das Auszählen der Stimmen,
- die Bekanntmachung der Ergebnisse und Frage, ob die gewählten Kandidaten die Wahl annehmen.

(3) Ein Wahlleiter kann weitere freiwillige Personen zu Wahlhelfern ernennen, die ihn in seiner Arbeit unterstützen. Diese dürfen nicht Kandidaten sein. Auf begründeten Antrag an die Versammlungsleitung kann die Landeswahlversammlung/der Landesparteitag entscheiden, einzelne Wahlhelfer abzulehnen.

(4) Der Wahlleiter fertigt ein Wahlprotokoll über alle Wahlen der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages an, das von ihm selbst und ggf. den Wahlhelfern zu unterschreiben und somit zu beurkunden ist.

§ 5 Protokollant

(1) Die Landeswahlversammlung/der Landesparteitag wählt einen Protokollanten, der die Landeswahlversammlung/den Landesparteitag protokolliert.

(2) Der Versammlungsleiter kann weitere Freiwillige ernennen, die den Protokollanten in seiner Arbeit unterstützen.

§ 6 Kandidatur

(1) Der Wahlleiter ruft vor der Wahl zur Kandidatenaufstellung auf. Kandidieren können auch Mitglieder, die nicht persönlich auf der Landeswahlversammlung/dem Landesparteitag anwesend sind, sofern dem Landesvorstand die Kandidatur vor Beginn der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages schriftlich mitgeteilt wurde. Die Bewerbung des Kandidaten wird in diesem Fall von der Versammlungsleitung oder einem von dieser dafür bestimmten Person verlesen.

(2) Für die Wahlen kann sich jedes volljährige Mitglied mit deutscher Staatsbürgerschaft aufstellen, sofern dies nicht den jeweils geltenden Bestimmungen des Bundes-, Landes- oder Kommunalwahlgesetzes widerspricht.

(3) Jeder Kandidat hat das Recht, vor der Wahl zurückzutreten oder auf Nachfrage durch den Wahlleiter die Annahme der Wahl zu verweigern.

(4) Vor der Schließung der Kandidatenaufstellung ist diese vom Wahlleiter bekannt zu geben. Daraufhin ist ein letzter Aufruf zu starten. Meldet sich innerhalb angemessener Zeit kein neuer Kandidat, so wird die Liste geschlossen.

(5) Konnten die laut Satzung für die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit des Landesverbands relevanten Ämter nach der Wahl in einem Wahlgang nicht besetzt werden, ist ein neuer Wahlgang durchzuführen.

§ 7 Wahlen

(1) Jeder Kandidat erhält die Möglichkeit, sich der Versammlung vorzustellen. Die Redezeit wird von der Landeswahlversammlung/dem Landesparteitag zu Beginn der Wahl vorgegeben. Die Reihenfolge der Vorstellungen ergibt sich aus der alphabetischen Reihung der Nachnamen der Kandidaten. Es können nach der Vorstellung Fragen an die Kandidaten gestellt werden.

(2) Alle Entscheidungen der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder getroffen, außer es ist in der Satzung oder dieser Geschäftsordnung explizit anders bestimmt. Enthaltungen bleiben bei der Feststellung der Mehrheiten unberücksichtigt.

(3) Alle Wahlen (mit Ausnahme der Ämter einer Wahlversammlung/des Landesparteitages) erfolgen in geheimer Abstimmung. Für jeden Wahlgang werden einheitliche Stimmzettel ausgegeben, die zweifach gefaltet in einem hierfür geeigneten Behälter abgegeben oder eingesammelt werden. Die folgenden ggf. zu besetzenden Positionen:

- die Ämter einer Wahlversammlung/eines Landesparteitages
- bei Vorstandswahlen das Präsidium

werden jeweils einzeln gewählt. Weitere Positionen werden per Gruppenwahl ermittelt, sofern die Wahlversammlung/der Landesparteitag nichts anderes bestimmt. Alle Wahlunterlagen sind zu archivieren. Über Wahlen zu Ämtern der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages sowie allgemeine Anträge der Landeswahlversammlung/des Landesparteitages und Anträge zur Geschäftsordnung wird im Regelfall offen abgestimmt, es sei denn, ein Mitglied oder der Wahlleiter verlangen eine geheime Abstimmung.

(4) Im Falle einer geheimen Wahl für ein Amt oder mehrere gleiche Ämter für die Landeswahlversammlung/einen Landesparteitag sowie bei den Wahlen des Vorstands sowie der Kassenprüfung dürfen auf dem Stimmzettel maximal so viele Kandidaten aufgeschrieben werden, wie Ämter zu vergeben sind. Gewählt ist, auf wen die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entfällt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben bei der Ermittlung der Mehrheit unberücksichtigt. Ein Stimmzettel ohne gültiges Votum gilt als nicht abgegeben. Solange nicht alle Ämter besetzt sind, finden weitere Wahlgänge statt.

(5) Für Bundestags-, Landtags- oder vergleichbaren Wahlen gilt:

Die Listenplätze 1 und 2 der Landesliste werden jeweils in separaten Wahlgängen bestimmt. Die Listenplätze 3 ff. werden per Blockwahl bestimmt, wobei die Stimmenzahl die Reihenfolge auf der Liste definiert, die so viele Plätze enthält, wie Kandidaten mit erforderlicher Mehrheit gewählt wurden. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben bei der Ermittlung der Mehrheit unberücksichtigt. Ein Stimmzettel ohne gültiges Votum gilt als nicht abgegeben. Gewählt ist, auf wen mindestens die Hälfte der Stimmen entfällt. Wenn es bei einer Wahl zu keinem eindeutigen Ergebnis kommt, wird einmalig eine Stichwahl durchgeführt. Kommt es dabei erneut zu keinem eindeutigen Ergebnis, entscheidet das Los. Bei der Blockwahl kommt es zu einer einmaligen Stichwahl über den Listenplatz, wenn zwei oder mehr Kandidaten im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit und die gleiche Stimmenanzahl erreicht haben. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(6) Wird geheim gewählt, so wird der Landeswahlversammlung/dem Landesparteitag durch den Wahlleiter die Anzahl der Stimmberechtigten für diese Wahl, die Anzahl der abgegebenen Stimmen, der gültigen und der jeweils auf den Kandidaten entfallenen Stimmen und hieraus resultierend das Ergebnis der Wahl mitgeteilt. Bei offenen Abstimmungen werden nach Augenmaß der Wahlleiter die Mehrheitsverhältnisse festgestellt, bei unklaren Verhältnissen erfolgt eine genaue Auszählung.

(7) Die Auszählung der Stimmen bei geheimen Wahlen und Abstimmungen ist öffentlich.

§ 8 Anträge an die Landeswahlversammlung/den Landesparteitag

(1) Jedes stimmberechtigte Mitglied hat das Recht, auf der Landeswahlversammlung/dem Landesparteitag Anträge zu stellen.

(2) Anträge müssen beim Landesvorstand schriftlich und begründet fristgerecht nach Satzung § 12.5 eingereicht werden. Dieser prüft sie auf Zulässigkeit und Dringlichkeit und macht sie der Landeswahlversammlung/dem Landesparteitag angemessen bekannt. Ein Recht auf sofortige Behandlung des Antrags besteht nicht. Nicht fristgerecht eingereichte Anträge werden nach Zulassung durch den Versammlungsleiter von diesem per GO-Antrag auf die Tagesordnung gesetzt.

(3) Über Anträge, die innerhalb der Diskussion um einen eigenständigen Antrag mündlich vorgebracht werden und diesen nur in geringem Umfang und dem Sinn nach inhaltlich ergänzen, kann ohne schriftliche Vorlage entschieden werden. Auf Verlangen eines Mitglieds muss der Landeswahlversammlung/dem Landesparteitag innerhalb einer halben Stunde der genaue Wortlaut des geänderten Antrags unter Einschluss der Begründung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

(4) Antragssteller haben das Recht, ihren Antrag in kompakter Rede vorzustellen. Weiteren Redebeiträgen ist ebenfalls eine angemessene Redezeit zu gewähren.

§ 9 Anträge zur Geschäftsordnung

(1) Jedes stimmberechtigte Mitglied kann jederzeit durch Heben beider Hände das Vorhaben anzeigen, einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen zu wollen. Solch einem Antrag ist nach der aktuellen Wortmeldung Vorrang zu geben.

(2) Wurde ein Antrag gestellt, so kann jedes stimmberechtigte Mitglied entsprechend Abs. 1 einen Alternativantrag stellen. Andere Anträge sind bis zum Beschluss über den Antrag oder dessen Rückziehung nicht zulässig. Jeder Antragsteller darf seinen Antrag mündlich begründen. Ein stimmberechtigtes Mitglied kann daraufhin eine Gegenrede halten.

(3) Unterbleibt eine Gegenrede und wurde kein Alternativantrag gestellt, so ist der Antrag angenommen. Gibt es mindestens eine Gegenrede oder gibt es mindestens einen Alternativantrag, so wird über den Antrag bzw. die Anträge abgestimmt. In diesem Fall kommt §7 zur Anwendung.

(4) Es sind nur solche Anträge als Antrag zur Geschäftsordnung zulässig, die im Folgenden aufgeführt sind:

- Antrag auf Änderung der Tagesordnung
- Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung - Antrag auf Unterbrechung der Sitzung; im Antrag soll die gewünschte Dauer in Minuten enthalten sein, andernfalls wird diese von der Versammlungsleitung festgelegt.
- Antrag auf Ende der Rednerliste. Einen Antrag auf Schließung der Rednerliste kann nur ein stimmberechtigtes Mitglied stellen, das bei der aktuellen Diskussion sein Rederecht nicht in Anspruch genommen hat oder nehmen wird.

- Antrag auf Begrenzung der Redezeit; im Antrag muss die gewünschte Dauer in Sekunden enthalten sein, diese darf 60 Sekunden nicht unterschreiten. Einen Antrag auf Begrenzung der Redezeit kann nur ein stimmberechtigtes Mitglied stellen, das bei der aktuellen Diskussion sein Rederecht nicht in Anspruch genommen hat.
- Antrag auf Alternativantrag
- Antrag auf Ablehnung einzelner Wahlhelfer nach §4 (3)
- Antrag auf Ablehnung einzelner Protokollhelfer §5 (2)
- Antrag auf geheime Wahl/Abstimmung nach §7 (2), über diesen GO-Antrag wird nicht abgestimmt.
- Antrag auf Neuauszählung der Wahl
- Antrag auf Wiederholung der Wahl/Abstimmung
- Antrag auf Auszählung bei offenen Wahlen/Abstimmungen, über diesen GO-Antrag wird nicht abgestimmt

- Ende -